

## STADTREDAKTION HEIDELBERG

So erreichen Sie uns:

Tel.: 0 62 21 - 519 56 00  
Fax: 0 62 21 - 519 956 00

E-Mail: stadtreaktion@rnz.de

## KOMMENTAR

### Keine Chance

Holger Buchwald zum Sperrzeiten-Urteil

Es war eine Niederlage mit Ansage. Seit Jahren warnt das Rechtsamt die Stadträte davor, zu liberale Sperrzeiten zu verabschieden. Ansonsten riskiere der Gemeinderat eine gerichtliche Entscheidung mit noch viel strengeren Regeln. Doch jedes Mal schießt die Mehrheit der Kommunalpolitiker die Warnungen in den Wind. Würden doch mehr Stadträte zu den Gerichtsverhandlungen kommen, dann hätten sie die Warnungen der Richter vielleicht auch gehört.

In der jüngsten Konfrontation eines endlosen Streits hat aber auch die Stadtverwaltung Fehler gemacht: Denn der Gemeinderat hatte mit den letzten Sperrzeiten auch flankierende Maßnahmen wie einen Lärmbeauftragten beschlossen. Das meiste davon wurde nicht umgesetzt – mit der Begründung, die Anwohner hätten sich einer Mediation verweigert. Eine gute Entschuldigung dafür, dass man seine Hausaufgaben nicht gemacht hat, ist das nicht. Hätte man doch vor Gericht beweisen können, dass man alles versucht hat, um für Ruhe zu sorgen.

Die Quittung für diese Fehler trägt nun die ganze Stadt. Ein Kneipenviertel, das bereits um Mitternacht die Bürgersteige hochklappt, kann sich eine so attraktive Studentenstadt wie Heidelberg nicht leisten. Dem neuen Gemeinderat bleibt keine Chance. Er muss in Berufung gehen.

### Ohne Zukunft



„No work and no future“ nennt der Schweizer Lazar Jeremic seinen Beitrag zu „Mut zur Wut“. Auf Englisch steht dort immer wieder: „Ohne Arbeit und ohne Zukunft wird Mohamed ein dummes Junge“. Aus der fiktionalen Perspektive eines Mohamed – laut Wikipedia der häufigste Name weltweit – behandelt das Plakat die Hürden eines kürzlich eingereisten Flüchtlings auf der Suche nach Arbeit. Jeremic: „An der Schreibmaschine sitzend, den gleichen Satz wieder und wieder tippend, zusehends in den Wahnsinn getrieben auf eine Zukunft hoffend.“



### Auf gutem Grund

Das Europäische Laboratorium für Molekularbiologie (EMBL) bekommt eine neue Forschungseinrichtung: Im EMBL Imaging Centre erhalten die Wissenschaftler Zugang zu den modernsten Mikroskopie-Technologien. Damit die Geräte problemfrei funktionieren, darf das Gebäude nicht schwingen. Dafür soll eine solide Grundlage sorgen, die seit Dienstag Nacht errichtet wird. Etwa 140 Fahrnischer-Ladungen Beton wurden aus mehreren Werken in der Region auf den Berg gebracht, um eine 1020 Quadratmeter große, 1,10 Meter dicke und 2500 Tonnen schwere Platte zu gießen. Das massive Gewicht und die 24 Betonpfeiler, die bis zu vier Meter in die Tiefe reichen und auf denen die Platte ruhen wird, sollen Schwingungen verhindern. Die Arbeiten starteten am Dienstag um 3 Uhr früh. Da war es noch kühler, so trocknete der Beton langsamer. Wenn das Fundament steht, kann mit dem Bau des eigentlichen Gebäudes begonnen werden. Im Jahr 2021 soll das Centre eröffnet werden. dns/Foto: Jäger/EMBL

## Erleichterung bei den Klägern, Entsetzen bei den Wirten

Verwaltungsgericht: Sperrstunde werktags um Mitternacht – Stadt legt vorsorglich Berufung ein

Von Anica Edinger und Holger Buchwald

Das Gericht hat gesprochen – und es hat deutliche Worte gewählt: Werktags um Mitternacht und am Wochenende um 2.30 Uhr sollen künftig die Kneipen schließen. Dazu wurde die Stadt gestern im Sperrzeiten-Streit vom Verwaltungsgericht Karlsruhe verurteilt. Diese Vorgaben seien jetzt bindend für den Gemeinderat, wie es im Urteil heißt. Lediglich den exakten Geltungsbereich der neuen Sperrzeiten könne er nun festlegen. Wie das Urteil aufgenommen wird, was es bedeutet, und was die Betroffenen sagen: Die RNZ beantwortet die wichtigsten Fragen.

**Wie ist das Urteil begründet?** Eine schriftliche Begründung geht den 31 Klägern und der Stadt erst noch zu. Doch erste Argumente hat die Vorsitzende Richterin Christine Warmmünde bei der Verhandlung der siebten Kammer des Verwaltungsgerichts am Mittwoch bereits durchblicken lassen. Der wohl wichtigste Faktor: Das Gericht geht davon aus, dass bei vier Klägern, deren Klagen am Ende der Verhandlung noch Bestand hatten (wir berichteten), eine konkrete Gesundheitsgefährdung bestehe. Die vom Gericht festgelegten Uhrzeiten seien nötig, um die notwendige Nachtruhe der Anwohner von mindestens sechs Stunden zu gewährleisten. Deutlich wurde bei der Verhandlung aber auch: Weshalb die flankierenden Maßnahmen zur Lärmreduzierung, die der Gemeinderat im Juli vergangenen Jahres beschlossen hatte, nicht umgesetzt wurden, ist auch dem Gericht rätselhaft. Bürgermeister Wolfgang Erichson begründete das mit dem gescheiterten Mediationsverfahren, das er zwischen Wirten, Anwohnern und der Verwaltung herbeiführen wollte (s. Interview rechts). „Ich muss auch auf den sinnvollen Einsatz von

Steuergeldern achten“, so Erichson vor Gericht. Die Richterin zweifelte überdies auch an dem Effekt, der durch die Aufstockung des Kommunalen Ordnungsdienstes erhofft wurde: „Ab 3 Uhr trägt der Einsatz eher zu einer Verschärfung der Lage bei“, meinte Warmmünde.

**Was sagen die Wirte?** Für Dieter Stendel von der Destille ist klar: „Wenn wir unter der Woche um Mitternacht zumachen müssen, mache ich gar nicht erst auf.“ Auch Daniel Wilson, Wirt der Kneipen Jinx und Mels, ist sicher: „Das ist existenzbedrohend.“ Bei einer Sperrzeit ab Mitternacht lohne es sich für die allermeisten Wirte schlicht nicht mehr, ihre Kneipen überhaupt erst zu öffnen. Das sei jedenfalls gestern nach Verkündung des Urteils der Tenor in der Altstadt gewesen. Dabei spiele insbesondere das veränderte Ausgehverhalten eine Rolle, das sich in den letzten Jahren immer weiter nach hinten verschoben habe: „Vor 23 Uhr ist kaum etwas los“, weiß Wilson. Stendel wie auch Wilson hoffen nun darauf, dass der neue Gemeinderat in Berufung gehen wird – „und dann auch unsere Interessen gehört werden“, wie beide meinen. Schließlich seien die Kneipen auch eines: Wirtschaftsfaktor. „Wir beschäftigen Studenten, wir zahlen Gewerbesteuer“, sagt Stendel. Das könne man nicht einfach übergehen. Er ist überzeugt: „Mit diesen Sperrzeiten wird die Altstadt kaputtgemacht.“ Wilson ärgert sich unterdessen über die Stadt: „Die flankierenden Maßnahmen hätten konsequenter umgesetzt werden müssen – und da kann man sich auch nicht mit einem gescheiterten Mediationsverfahren rausreden.“

**Was sagen die Anwohner?** „Das Urteil ist eine große Erleichterung für unsere Mandanten. Damit besteht die Hoffnung, in Zukunft wieder etwas mehr Nachtruhe zu fin-

den“, sagt Rechtsanwalt Werner Finger, der die 31 Anwohner vor Gericht vertritt. Bereits letztes Jahr habe der Verwaltungsgerichtshof die damalige Sperrzeitenverordnung unter Verweis auf die „untragbare Lärmbelastung in der Altstadt“ gekippt. Doch der Gemeinderat habe sich über das damalige Urteil hinweggesetzt. „Die Quittung dafür hat die Stadt heute bekommen. Mit der Verurteilung kommt der Gemeinderat nicht darum herum, mit strengen Sperrzeiten endlich für Ruhe zu sorgen“, so Finger weiter. Der Rechtsanwalt betont, dass das Verwaltungsgericht nur die äußersten zeitlichen Grenzen bindend vorgegeben habe: Spätestens um Mitternacht müssten die Kneipen demnach werktags schließen. Daneben bleibe der Gemeinderat dazu verpflichtet, weitere Maßnahmen zu ergreifen, um eine deutliche Reduzierung der Lärmbelastung für die Anwohner zu erreichen.

**Wie geht es weiter?** Die Stadt begrüßt laut Bürgermeister Wolfgang Erichson die Entscheidung, da dem Gemeinderat damit nun klare Vorgaben gemacht werden. Der neue Gemeinderat muss nun aber selbst entscheiden, wie es weitergeht: Er könnte das Urteil akzeptieren und eine neue Sperrzeitsatzung für Teile der Kernaltstadt verabschieden. Wahrscheinlicher aber ist, dass er Berufung einlegen wird. Dann wird sich der Verwaltungsgerichtshof noch einmal mit dem Thema befassen müssen. „Wir rechnen damit, dass in zwei oder drei Wochen die schriftliche Urteilsbegründung vorliegt“, so ein Stadtsprecher. Da der Gemeinderat aber erst wieder am 17. Oktober tagt und innerhalb eines Monats Berufung eingelegt werden muss, wird die Stadt dies vorsorglich schon einmal tun. „Falls die Stadträte das Urteil akzeptieren, ist die Berufung auch schnell wieder zurückgenommen“, so der Stadtsprecher.

### „Nicht zielführend“

Erichson zum Sperrzeit-Urteil

**Herr Erichson, werktags soll schon um Mitternacht Schluss sein. Ist das nicht eine Katastrophe für die Kneipenszene?**

Mitternacht geht sogar noch über das hinaus, was wir uns als Stadt vorstellen konnten. Wir hatten vorgeschlagen, dass die Kneipen werktags bis 1 Uhr und am Wochenende bis 3 Uhr öffnen dürfen. Die Entscheidung des Gerichtes ist weder zielführend für ein lebendiges Leben in der Altstadt, noch wird es den Konflikt befrieden.



Wolfgang Erichson. Foto: Alex

**Warum haben Sie denn nicht vorher den vom Gemeinderat beschlossenen Lärmbeauftragten eingesetzt?**

Weil wir aufgrund unserer Erfahrungen wissen, dass so etwas nur funktioniert, wenn alle Betroffenen mitspielen. Doch die Anwohner wollten nicht mitwirken. Ein Nachtbürgermeister wie in Mannheim, der die Kneipenszene fördert und nur im Konfliktfall schlichtet, würde von den Anwohnern hier nicht akzeptiert.

**Einige sagen, Sie hätten es selbst auf die Gerichtsentscheidung angelegt.**

Das weise ich entschieden zurück. Ich habe die Stadträte allerdings immer darauf hingewiesen, dass sie eine gerichtliche Entscheidung heraufbeschwören, wenn sie unseren Vorschlag nicht akzeptieren. Ich bin mir sicher: Das Urteil wäre uns mit den von der Stadt vorgeschlagenen Sperrzeiten von 1 und 3 Uhr erspart geblieben.

**Haben Sie die Hoffnung auf einen Kompromiss aufgegeben?**

Ich glaube nicht mehr, dass es uns gelingen wird, Wirte und Anwohner auf eine Linie einzuschwören. Ich sehe jetzt die Wirte in der Pflicht, ihr Recht auf Gewerbefreiheit auch vor Gericht zu verteidigen. hob

## Blindgänger waren vor allem in der Bahnstadt ein Problem

In Heidelberg wurden Bomben vor allem über Bahngleisen abgeworfen – Doch auch der Zoo ist betroffen

tt. Im Zweiten Weltkrieg ist Heidelberg von Bombardements der Alliierten weitgehend verschont geblieben. Wenn es zu Schäden kam, dann vor allem im Bereich der Eisenbahnlinien – wie zum Beispiel zwischen Hauptbahnhof und dem ehemaligen Güterbahnhof oder der alten OEG-Güterstrecke durch das Neuenheimer Feld. Anhand von Luftbilddauswertungen hat der Kampfmittelräumdienst allerdings einige Arealen in der Stadt als sogenannte Kampfmittel-Verdachtsflächen ausgewiesen. Bevor dort gebaut werden darf, müssen Fachfirmen oder der Kampfmittelräumdienst selbst den Baugrund auf mögliche Blindgänger oder Munitionsreste untersuchen.

Besonders viel zu tun war auf dem heutigen Gebiet der Bahnstadt, denn einst waren an dieser Stelle die wichtigen Gleisanlagen des Hauptgüterbahnhofs, die von den Amerikanern bombardiert wurden. Um zu sehen, ob ihre Angriffe erfolgreich waren, dokumentierten die Amerikaner diese im Anschluss mit Luftbildern. Auf diesen kann man die Trichter von explodierten Bomben

und von Blindgängern erkennen. Die Bilder dienen dem Kampfmittelräumdienst deshalb bis heute als Grundlage für die Suche nach Blindgängern.

„In der Bahnstadt haben wir so drei Blindgänger gefunden und viel Kleinmunition von den Flag-Stellungen“, berichtet



Gerald Dietz von der städtischen Geschäftsstelle Bahnstadt. Vor allem beim Bodenmanagement, als große Erdmassen bewegt wurden, musste viel Erde gesiebt werden, um die Munition heraus zu bekommen. Die Suche nach Blindgängern und Munition übernehmen Fachfirmen: „Vor Baubeginn werden in einem bestimmten Raster sechs Meter tiefe Löcher

gebohrt, in denen blaue Hülsen stecken“, berichtet Dietz. In diese Hülsen werden dann die Messgeräte eingelassen, um den Boden nach möglichen Kampfmitteln zu untersuchen. „Gleichzeitig mussten wir Bombentrichter großräumig ausbaggern, um Klarheit zu bekommen, dass dort nichts liegt“, sagt der Bahnstadt-Experte.

Auch Bernd Müller vom Mannheimer Amt von Vermögen und Bau, der für die Landesliegenschaften zuständig ist, kennt das Problem: „Rund um den Tiergarten gibt es auch im Neuenheimer Feld solche Verdachtsflächen“, sagt Müller. In diesen Fällen sei die sogenannte Freimeldung von Kampfmitteln eine Auflage des Baurechtsamtes, bevor gebaut werden dürfe. Auf Bombenreste stieß man zum Beispiel beim Bau der Parkdecks an der Medizinischen Klinik – und Müller könnte sich vorstellen, dass auch auf dem Areal des künftigen Herzzentrums nach Kampfmitteln gesucht werden muss.

Im Zoo Heidelberg sind die Kriegshinterlassenschaften ein Dauerthema: „Wenn



Bevor der Czernyring in der Bahnstadt ausgebaut werden konnte, untersuchte eine Spezialfirma mit Sondierbohrungen den Untergrund nach Kampfmitteln. Foto: privat

wir bauen, müssen wir die Sondagen immer machen“, berichtet der stellvertretende technische Leiter, Wolfgang Müller. Das koste nicht nur Zeit, sondern auch Geld: „Wir müssen meist eine Fachfirma beauftragen, weil der Kampfmittelräumdienst ein Jahr Vorlauf braucht“, sagt Müller. Wenn im Bereich von Verdachtspunkten gegraben werde, müsse zudem der Kampfmittelräumdienst anwesend sein.

Weniger kritisch ist die Situation auf den Konversionsflächen: Beim Hospital und den Campbell Barracks gibt es keine Hinweise auf Luftangriffe oder andere Kriegshandlungen. Nur im Bereich der Patton Barracks, wo heute die Großsporthalle gebaut wird, gab es Verdachtsflächen. „Bisher ist aber nichts Besorgniserregendes gefunden worden“, so ein Stadtsprecher.